

Antrag E-2

Jusos SV Leipzig

Sichere Fluchtrouten, statt Festung Europa!

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen und an den Bundeskongress der Jusos, mit dem Ziel der Weiterlei-
2 tung an den SPD-Bundesparteitag, weiterleiten:

3 Durch die Europäische Menschenrechtskonvention hat sich die Europäische Union dazu verpflichtet, das Recht jedes
4 Menschen auf Leben zu schützen. Durch die von ihr praktizierte Abschottungspolitik verfehlt und verletzt die EU dieses
5 selbstgesetzte Ziel. Statt Vorbild für den Schutz von Menschenrechten zu sein, trägt die EU dazu bei Menschen an ihrer
6 Flucht zu hindern.

7 Die bestehende Politik der EU, Migration sowohl auf dem afrikanischen Kontinent als auch bei der Überfahrt über das
8 europäische Mittelmeer ist nicht hinzunehmen. Die SPD hat dafür Sorge zu tragen, diese Politik zu beenden. Daher
9 fordern wir:

10

11 1. Einreise

12 Die Flucht vor Lebensgefahren muss für alle Menschen legal sein und sicher sein. Dazu soll das Instrument der huma-
13 nitären Visa geschaffen werden, mit denen asylberechtigte Menschen einreisen können.

14

15 1. Ressourcen

16 Auf allen Stationen der Migration müssen die zuständigen Behörden finanziell und personell ausreichend besetzt sein.
17 Dazu gehört, dass die Arbeit in Botschaften im Ausland und bei Gerichten im Inland stattfinden kann.

18

19 1. Europaweite Regelungen

20 Geflüchteten soll es nach einer Einreise in die EU freistehen, in welchem Mitgliedsstaat sie Asyl beantragen wollen.
21 Auch sollen EU-weite Mindeststandards für Unterbringung, Betreuung, Asylverfahren und Rechtsschutz gelten. Die EU
22 muss diese Ansprüche zur Not auch gegen die Mitgliedsstaaten durchsetzen.

23

24 1. Entlastung von Mittelmeerländern

25 Die aus Seenot gerettet Menschen, die gegenwärtig in den Ländern mit südlicher EU-Außengrenze ausharren, müssen
26 auf alle Mitgliedsstaaten der EU solidarisch verteilt werden. Die Wahlfreiheit der Geflüchteten ist dabei zu berücksich-
27 tigen. Für Staaten, die mehr oder weniger Menschen aufnehmen, relativ zu ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft,
28 ist ein Ausgleichsmechanismus zu schaffen.

29

30 1. Europäische Seenotrettung

31 Die Europäische Union soll eine europäische Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der „Mare Nostrum“ schaffen.
32 Dieser und anderen im Mittelmeer agierenden NGOs ist durch entsprechende Maßnahmen ein Mindestmaß an Sicher-
33 heit zu garantieren. Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache ist bis auf weiteres einzustellen, solange bis diese
34 ihre Übergriffe auf NGOs dauerhaft einstellt.

35

36 1. Flüchtlingscamps

37 Um die Zustände den Flüchtlingscamps zu verbessern und dauerhaft auf einen humanitären Mindestmaß zu erhalten,
38 muss der Überlastung in den Hotspots entgegengewirkt werden. Dazu

39 sollen die Zusagen im Relocation-Programm verbindlich werden und aktiv umgesetzt werden. Bbei der Auswahl der
40 geeigneten Kandidat*innen für das Relocation-Programm ist im nötigen Maße auf das Kriterium der Vulnerabilität zu
41 achten.

42

43 1. Familiennachzug

44 Die Zusammenführung von Familien aus Drittstaaten (nicht-EU) mit in Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat
45 anerkannten Flüchtlingen muss schneller und unbürokratischer ermöglicht werden

46

47 1. Keine Obergrenzen

48 Sämtliche Obergrenzen, die darauf abzielen einzuschränken wie viele Menschen in europäische Staaten einreisen dür-
49 fen, sollen so schnell wie möglich aufgehoben werden.

50

51 1. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden

52 Die Praxis des Abschlusses sogenannter „Flüchtlingsdeals“ sowie informelle Abkommen über die gewaltsame Zurück-
53 haltung von flüchtenden Menschen ist aus humanitären Gründen nicht zu rechtfertigen und abzulehnen.

54

55 1. Balkanroute

56 Auch auf der Balkanroute, die sich seit der Grenzschießungen der Regierung Ungarns und Kroatiens nach Westen ver-
57 schiebt, muss den Menschen entsprechend geholfen werden. Die praktizierten Methoden der Polizei mit Tränengas,
58 Polizeihunde und physischer Gewalt gegen Flüchtenden vorzugehen, muss geahndet werden.

59

60 1. Finanzen

61 Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben braucht es eine ausreichende Finanzierung. Für die Kosten sollen alle gesell-
62 schaftlichen Schichten nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Ein Ausspielen gesellschaftlicher Gruppen
63 gegeneinander darf es nicht geben. Die Verwendung verteilungspolitischer Instrumente zur Kostendeckung muss eine
64 Option sein.

65

66 1. Gesellschaftliches Klima

67 Auch das gesellschaftliche Klima des umgreifenden Rassismus muss bekämpft werden. Die SPD muss sich in dieser
68 Frage klar positionieren und ggf. auch Stellung gegen ihre Koalitionspartner*innen beziehen.

69

70 1. Lokales

71 Vielerorts wurden bereits Städte zu „sicheren Häfen“ für Geflüchtete erklärt. Die lokalen SPD-Gruppen sollen sich für
72 eine Aufnahme ihrer jeweiligen Städte einsetzen. Weiterhin soll die SPD auf allen Ebenen die Arbeit der „Seebücke“
73 unterstützen.